



NIEDERSCHRIFT

Gemeinsame Sitzung (IX. Wahlperiode) Kultur, Familie, Soziales und Senioren, Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 03.05.2018

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

- I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Einführung und Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin
4. Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 31.01.2018 IX/862.1
hier: Situation im Seniorenhaus Korschenbroich
5. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum IX/893
15.04.2018 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
6. Organisationsuntersuchung Gesamtverwaltung IX/902
hier: Sachstandsbericht
7. Feuerwehrgerätehaus Pesch IX/901
hier: Standortwahl
8. Mitteilungen
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses
vom 03.05.2018

Seite 2 von 18

Anwesenheitsliste

7. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren Donnerstag, 3. Mai 2018, 18:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter
Brieske, Reinhard
Holzenleuchter, Peter
Kauerz, Wolfgang
Krappa, Gerd
Lieser, Wolfgang
Meyers, Julian
Roden, Erwin
Siegers, Thomas
Türks, Hans Willi
Wappenschmidt-Krommus, Ellen

(während TOP II/3 gegangen)

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Jahny, Paul
Nazari, Farial
Richter, Albert
Romann, Barbara
Stevens, Monika
Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang
Kresse, Martin
Dr. Waldmann, Georg

(ab TOP II/3 anwesend)

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd
Strohmeier, Georg

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses
vom 03.05.2018

Seite 3 von 18

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas
Beigeordneter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Stadtinspektorin Kreuels, Carolin

außerdem anwesend

Baldus, Iris	Seniorenhaus Korschenbroich (TOP II./4.)
Herr Martens	Rhein-Kreis Neuss Kliniken (TOP II./4.)
Rüsken, Sigurd	Rhein-Kreis Neuss Kliniken (TOP II./4.)
Herr Ströher	Rhein-Kreis Neuss Kliniken (TOP II./4.)
Schulze-Hulitz, Elisabeth	Das Stellwerk (TOP II./5.)

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 4 von 18

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, auf Vorschlag der Verwaltung gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse die Tagesordnung um den neuen Punkt II./3. Einführung und Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin zu erweitern.

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

Öffentlicher Teil

II./3. Einführung und Verpflichtung einer sachkundigen Bürgerin

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Bürgermeister Marc Venten schlägt zum Ablauf der Sitzung vor, Fragen zum Seniorenhaus Korschenbroich nicht im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu beantworten, sondern während des entsprechenden Tagesordnungspunktes. Zunächst werde der Politik die Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen. Dann werde die Sitzung unterbrochen und den Einwohnerinnen und Einwohnern bekämen die Möglichkeit ihre Fragen an die Vertreter der Rhein-Kreis Neuss Kliniken sowie des Seniorenhauses Korschenbroich zu stellen. Er begrüßt Frau Baldus vom Seniorenhaus Korschenbroich sowie die Herren Rüsken, Marten und Ströher als Vertreter der Rhein-Kreis Neuss Kliniken. Alle anderen Themen könnten selbstverständlich im Rahmen der Einwohnerfragestunde angesprochen werden.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) einstimmig benannt.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 5 von 18

3. Einführung und Verpflichtung einer dachkundigen Bürgerin

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren abgestimmt sei, dass er den Vorsitz für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses mit dem Hauptausschuss übernehme, da ab TOP II./5. die gemeinsame Sitzung ende und anschließend die planmäßige Sitzung des Hauptausschusses erfolge.

Bürgermeister Marc Venten führt in feierlicher Form Frau Ellen Wappenschmidt-Krommus als sachkundige Bürgerin ein und verpflichtet diese. Die entsprechende Verpflichtungserklärung ist der Urschrift dieser Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beigefügt.

4. Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 31.01.2018 hier: Situation im Seniorenhaus Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die letzte Beratung im Ausschuss für Kultur, Familie, Soziales und Senioren. Eine schriftliche Stellungnahme der Geschäftsführung habe es bereits gegeben, dennoch seien ergänzende Fragen aufgekomen. Er dankt Herrn Rüsken dafür, sich die Zeit zu nehmen, diese Fragen zu beantworten.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert den Hintergrund des Antrages. Der Rat sei nicht zuständig, da die Stadt nicht der Betreiber des Seniorenhauses sei. Für die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Korschenbroich sei dieser aber zuständig. Eigentlich genieße das Seniorenhaus ein hohes Ansehen. Dieses habe sich aber aufgrund persönlicher Erfahrungen und der Berichterstattung in der Presse in der öffentlichen Wahrnehmung geändert. Daher wolle man über die Situation diskutieren. Es sei gut, dass die Vertreter der Rhein-Kreis Neuss Kliniken anwesend sind, da es trotz der erfolgten schriftlichen Stellungnahme weitere ergänzende Fragen gebe. Ziel sei es, den guten Ruf wieder herzustellen. Es gebe Fragen zu den folgenden fünf Bereichen: Bautätigkeit, Essen/Nahrungsversorgung, Pflege, Personal und Pflegeentgelt.

Herr Rüsken entschuldigt sich einleitend für die terminlichen Probleme, die es gegeben habe. Er erläutert die Hintergründe der Probleme, die alle Seniorenhäuser betreffen. Man habe die Herausforderungen nicht so gemeistert, wie man es sich gewünscht hätte. Die Leitung sei komplett ausgewechselt worden. Er bittet um Geduld, stimme der Analyse von Ausschussmitglied Thomas Siegers zu, sei aber optimistisch.

Herr Ströher erläutert, dass der zweite Bauabschnitt kurz vor der Fertigstellung stehe. In vier bis fünf Wochen soll diese erfolgt sein. Der Abbruch des alten Gebäudes erfolge hoffentlich bald danach. Der dritte Bauabschnitt solle bis zum Jahr 2019 dauern, 19 Monate seien hierfür geplant. Innerhalb dieses Bauabschnittes solle auch der Außenbereich fertiggestellt werden.

Herr Rüsken ergänzt, dass während der Bauphasen auf Bewohnerfreundlichkeit geachtet werden solle. So sei geplant, eine Mittagsruhe mit dem Haus abzustimmen. Herr Ströher werde die Bauleitung begleiten und koordinieren. Weiter führt er aus, dass es schwierig sei, Bauunternehmen zu bekommen. Man habe zwei Interessen miteinander zu vereinbaren: die Ruhe der Bewohner und den nötigen Bau. Er sichert zu, auf die Interessen der Bewohner Rücksicht zu nehmen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erkundigt sich, ob bereits Umzugsbewegungen durchgeführt worden und, ob solche noch zu erwarten seien.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 6 von 18

Frau Baldus erklärt, dass die Bewohner um den Lichthof im Erdgeschoss betroffen seien. Maximal seien 16 Bewohner von Umzügen innerhalb des Hauses betroffen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) bedankt sich für den Bericht. Sein Eindruck sei, dass, gemessen an der Bauzeit, ein zweiter Kölner Dom entstehe. Wochenlang täte sich nichts.

Herr Rüsken erklärt, dass die Herren Ströher und Marten ihren Job erst vor vier Wochen angetreten hätten. Man stimme überein, dass nicht mehr getan werden könne, als andere Verantwortliche zu verpflichten. Er sei sich sicher, dass es künftig besser laufen werde.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) nehme zur Kenntnis, dass der Baulärm reduziert werden soll und fragt, wie die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zu ertragenden Stärke und der Zeiten des Baulärms seien.

Frau Baldus erklärt, dass ihr hierzu nichts bekannt sei, sichert aber zu, sich kundig zu machen.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass hier zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden könnten. Vorgaben von der Verwaltung gebe es nicht.

Herr Rüsken versichert, dass man das Problem erkannt habe und sich darum kümmern werde.

Das Ausschussmitglied Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass Baulärm nicht zu 100 Prozent vermieden werden könne, aber der Umgang damit könne besser sein. So könne man versuchen, diesen durch Nettigkeiten für die Bewohner, bspw. Blumenschmuck oder Urlaub, zu kompensieren.

Frau Baldus räumt ein, dass der Informationsfluss nicht optimal laufe. Diesen werde man optimieren. Informationen sollen weitergegeben werden. Die Infosäule werde genutzt, um die neusten Informationen sofort für alle sichtbar zu machen. Bei weiteren Fragen bestehe immer die Möglichkeit auf sie zuzukommen. Den Hinweis, den Bewohnern etwas Gutes zu tun, nehme sie gerne auf.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet darum, bei hausinternen Umzügen der Bewohner darauf zu achten, dass nicht ein Bewohner mehrfach umziehen muss.

Frau Baldus sichert zu, darauf zu achten.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) bemängelt, dass Herr Rüsken die Verantwortung nicht abwälzen dürfe, er müsse für die Probleme gerade stehen. Er mache ihm den Vorwurf, die Verantwortung immer weiterzugeben. Bezogen auf den von Bürgermeister Marc Venten angesprochenen zivilrechtlichen Anspruch erkundigt er sich, ob eine Mietminderung angeboten werde.

Herr Rüsken entgegnet, dass er die Verantwortung habe. Diese nehme er dadurch wahr, die richtigen Leute an die richtige Stelle zu bringen. Er übernehme uneingeschränkt die komplette Verantwortung. Eine Mietminderung halte er für schwierig, da auch die Pflicht bestehe, schwarze Zahlen zu schreiben. Zudem sei er juristisch dahingehend beraten worden, keine Mietminderungen anzubieten, da die Einschränkung nicht so stark sei, dass hierfür öffentliche Gelder ausgegeben werden sollten.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 7 von 18

Nach der Meinung des Ausschussmitglieds Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) werde der Bau nie ein Ende finden, wie der Berliner Flughafen.

Herr Rüsken sichert zu, das Verhalten zu überprüfen. Den Hinweis des Ausschussmitglieds Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) habe er aufgenommen.

Herr Marten geht zum zweiten Themenbereich über und bestätigt, dass das Essen derzeit schlecht sei, was gegenüber den Bewohnern respektlos sei. Sein Ziel sei es, die Qualität innerhalb von sechs Monaten zu verbessern. Eine erste qualitative Veränderung sei bereits in den nächsten vier bis fünf Wochen zu erwarten. Es sei ein Beratungsunternehmen in der Küche involviert. Langfristig sei aber geplant, die Küche eigenverantwortlich zu führen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) halte die Nahrungsversorgung für ungünstig für Experimente. Er hoffe, dass die qualitative Verbesserung deutlich schneller als in sechs Monaten eintrete. Er fragt nach Beispielen dafür, wie die Qualität verbessert werden soll und merkt an, dass die Menge einzelner Gerichte nicht ausreichend gewesen sei, da im Vorfeld keine Abfrage bei den Bewohnern erfolgt sei.

Herr Marten erläutert, dass eine erste qualitative Veränderung bereits in den nächsten vier bis fünf Wochen zu erwarten sei. Man werde den derzeit nicht gut ausgewählten Menüplan überarbeiten und auf traditionelle Gerichte setzen. Man wolle die Firma Klüh durch einen neuen Personalstab überflüssig machen und nehme das Vorhaben sehr ernst und sei sehr motiviert.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) dankt für die Versprechen und die Bemühungen. Er fragt, ob die Firma Klüh vertraglich gebunden sei und, falls ja, ob die Verträge aufgelöst seien.

Herr Martens erläutert, dass Herr Rüsken ihm alle Kompetenzen eingeräumt habe. Rechtlich sei es möglich, ohne die Firma Klüh weiterzuarbeiten. Noch habe man der Firma nicht gekündigt, werde dies aber in den nächsten Wochen tun.

Herr Rüsken ergänzt, dass man nur noch auf die Qualität achten wolle und nicht mehr nur auf das Geld. Man werde die Systeme neu organisieren und ohne die Firma Klüh arbeiten, wenn Herr Marten meint, dass dies besser sei.

Das Ausschussmitglied Georg Strohmeier (ULLi/Zentrum) unterstütze das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum). Es bestehe ein rechtlicher Anspruch auf Mietminderung. Bei pflegebedürftigen Personen seien die Hürden deutlich höher, um auf eine Mietminderung verzichten zu können. Seine Eltern hätten in einer ähnlichen Situation eine monatliche Entschädigung erhalten. Er fragt, ob ein solches Modell in Frage käme. Ein Ausgleich sei wichtig.

Herr Rüsken sei rechtlich anders beraten worden, da ihm sonst Veruntreuung vorgeworfen werden könne.

Das Ausschussmitglied Georg Strohmeier (ULLi/Zentrum) beharrt darauf, dass ein Ausgleich geschaffen werden müsse, da die Leute Geld bezahlten. Darin sei ein Betrag für Bautätigkeiten enthalten. Er fragt, was mit diesem sei.

Herr Rüsken macht deutlich, dass er sich auf den Rat der Juristen verlasse.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 8 von 18

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) geht zum dritten Themenbereich über und erkundigt sich nach dem Bestehen von Pflegestandards, danach, wie diese eingehalten und gesichert werden, ob es Arbeiten gibt, die nur von Fachkräften durchgeführt werden dürfen und wie dies sichergestellt werde.

Frau Baldus erläutert, dass es Standards gebe, wozu bspw. Prophylaxen zählten, die die Qualität sicherstellen sollen. Es erfolgten jährliche Kontrollen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, wobei die Papiere und die Situation der Bewohner begutachtet würden. Die Benotung dieser Überprüfung müsse in der Einrichtung aushängen. Zusätzlich werde eine EDV-gestützte Dokumentation vorgenommen und gesichert. Es gebe Arbeiten, die nur von examinierten Pflegekräften ausgeführt werden dürften, hierzu zählten bspw. die Gabe von Medikamenten, das Anlegen und Wechseln von Verbänden oder die Beurteilung von Wunden.

Herr Rüsken ergänzt, dass die Heimaufsicht der Rhein-Kreis Neuss Kliniken diese Aufgabe sehr ernst nehme.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bemerkt, dass es so klänge, als wäre bereits alles optimal. Dies sei aber nicht so. Er erkundigt sich, wo die Probleme lägen.

Frau Baldus erklärt, dass man auftretende Probleme an den Pflegedienst weitergebe und Lösungen finde. Es fänden regelmäßige Pflegevisiten statt. Zusammen mit dem Pflegedienst erfolge hierbei eine Überprüfung des Zustandes aller Bewohner. Sobald Meldungen zu Missständen erfolgten, habe man daran gearbeitet. Ein Problem sei, dass es zu wenig Fachpersonal gebe. Anfangs habe oft ein personeller Wechsel stattgefunden, nun habe man die Personen mehrere Monate im Haus, wenn auch nicht länger als neun Monate. Ein Abwerben dieser Kräfte sei nicht möglich.

Herr Rüsken ergänzt, dass man die Ausbildungskapazität erhöht habe, diese Maßnahme aber leider nicht kurzfristig wirke.

Frau Baldus führt weiter aus, dass sie sich Weiterbildungen für Pflegehilfskräfte zu examinierten Fachkräften wünsche. Für Bewerber gebe es eine Hemmschwelle, da sie sich in der Einrichtung und zusätzlich beim Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe in Neuss bewerben müssten. Zukünftig wolle sie die Bewerbung direkt dorthin weiterleiten. Zudem müsse die Schülers Ausbildung optimiert werden und interessante Ausschreibungen erfolgen. Erst heute habe sie zwei Pflegefachkräfte für das Seniorenhaus Korschenbroich gewinnen können. Um die Mitarbeiter halten zu können, müssten Schulungen und Fortbildungen bspw. im Bereich Demenz angeboten werden.

Bürgermeister Marc Venten fragt, ob es seitens der Ausschussmitglieder noch Fragen an Herrn Rüsken gebe, da dieser nur begrenzt Zeit habe und auch den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern noch Gelegenheit gegeben werden soll, Fragen zu stellen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) spricht die Personalausstattung an und fragt, ob Herr Rüsken es bei der Größe der Einrichtungen auf Dauer für gerechtfertigt halte, dass zwei Häuser in einer Hand liegen.

Herr Rüsken antwortet, dass er diesbezüglich nicht frei von Zweifeln sei. Man werde darüber beraten und bei fortbestehenden Zweifeln das Konzept überdenken. Man sei von der Fülle der Aufgaben überrascht gewesen. Er sei aber optimistisch, das zu schaffen. Er wolle gerne wiederkommen, am liebsten im Jahr 2019, da die Veränderungsprozesse gerade im öffentli-

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 9 von 18

chen Dienst zeitlich aufwändig seien. Gerne komme er auch früher noch einmal wieder. Er bittet um Nachsicht, da es dauern könne, bis Ergebnisse sichtbar seien.

Das Ausschussmitglied Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) spricht die geplanten Synergien der Übertragung der Heime an eine GmbH an und fragt, ob eine Abordnung von Personal aus dem Lucas Krankenhaus in Grevenbroich zum Seniorenhaus Korschenbroich möglich sei, da in Korschenbroich derzeit viel Leihpersonal beschäftigt sei.

Frau Baldus erklärt, dass die Pflege von Kranken nicht mit der Pflege von Senioren vergleichbar sei. Zudem sei auch das Krankenhaus personell unterbesetzt.

Das Ausschussmitglied Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass es eine hohe Betroffenheit der Bewohner gebe und es daher indiskutabel sei, dass ein weiterer Termin mit Herr Rüsken erst im nächsten Jahr stattfinden soll. Er solle die Ressource nutzen und es nicht zu einer Frontstellung kommen lassen.

Herr Rüsken erläutert, dass die Erkenntnisse und Ergebnisse mit der Zeit immer besser und messbarer werden.

Das Ausschussmitglied Ellen Wappenschmidt-Krommus (CDU) merkt an, dass Krankenpfleger ausschließlich Kompetenzen in der Krankenpflege hätten. Die Alten- und die Krankenpflege seien nicht miteinander vergleichbar. In der Altenpflege müsse individueller auf die Bewohner reagiert werden, als dies in der Krankenpflege erforderlich sei, da es in der Altenpflege um dauerhafte Bewohner und deren Lebensqualität gehe. Das Seniorenhaus Korschenbroich habe bei der Abfrage durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen eine vergleichsweise schlechte Bewertung durch die Bewohner erhalten. Die Altenpflege benötige Zeit und entsprechende Kompetenzen. Bei einer Bauzeit von 19 Monaten habe niemand Interesse dort zu arbeiten. Die Geräusche seien für die Mitarbeiter meist schlimmer als für die Bewohner. Aus ihrer Sicht sei der Informationsfluss das Grundproblem. Es gebe keinen Ansprechpartner vor Ort.

Herr Rüsken stimmt dem Ausschussmitglied Ellen Wappenschmidt-Krommus (CDU) zu.

Bürgermeister Marc Venten unterbricht die Sitzung von 19.00 bis 19.30 Uhr, um den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, ihre Fragen an die Vertreter der Rhein-Kreis Neuss Kliniken zu stellen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) merkt an, dass er es schlimm finde, dass es kein hausinternes Alarmierungssystem gebe. Weiter merkt er an, dass die Leitungsfunktion und die Verwaltung in zwei Einrichtungen eingesetzt seien und fragt, wie oft sie im Seniorenhaus Korschenbroich seien.

Frau Baldus erläutert, dass sie montags und mittwochs ganztägig und freitags nach Bedarf einen halben Tag in Korschenbroich sei. Aufnahmen könnten ebenfalls an diesen Tagen erfolgen. Den Hinweis zum hausinternen Alarmierungssystem finde sie sehr gut und wolle sich kundig machen, wie eine Einbindung möglich ist.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) wisse nicht, wie er die Versprechen einordnen soll. Ihm fehlten der Glaube und die Gewissheit. Er finde, dass die Missstände selbst auffallen müssten. Er mache sich Sorgen um die Bewohner, die keine Angehörigen haben, die sich kümmern. Er bittet, den Druck auf die Mitarbeiter nicht zu erhöhen, sondern diese zu unterstützen. Er habe den Eindruck, dass Herr Rüsken Mitarbeiter kündigt, wenn die Zusammenarbeit nicht funktioniert. Er spricht ein Lob an alle Mitarbeiter aus.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 10 von 18

Frau Baldus erklärt, dass durch Mitarbeiter, Wohnbereichsleiter und Pflegevisiten Missstände aufgedeckt würden. Sie führe nicht über Druck, sondern so, wie es die einzelne Situation erfordere.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) finde es verwirrend, dass erst seit Beginn der Baumaßnahme Probleme auftreten. Er wundere sich, dass wichtige Kräfte von einer Fremdfirma nur neun Monate in Korschenbroich bleiben dürfen und fragt, wie eine solche Personalpolitik betrieben werden könne. Er habe nicht viel gehört, was bisher geregelt wurde. Er sei erschrocken über die Organisationsfehler. Es mache den Anschein, als fehle die Empathie für die Bewohner. Tragende Personen sollten nicht nur kurzfristig beschäftigt sein.

Frau Baldus erklärt, dass keine Wohnbereichsleitung zu bekommen sei. Sie wisse, dass die Situation schlecht ist.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erkundigt sich, ob eine Vertretung für die Wohnbereichsleitung nicht üblich sei. Es müsse jemand mit der Leitung beauftragt werden, auch wenn er/sie das nicht will. Er glaube nicht, dass niemand aus dem Haus willig oder fähig ist, die Leitung zu übernehmen.

Frau Baldus erläutert, dass die Stellvertretung eines Wohnbereiches seit längerer Zeit krank sei und die Arbeit nun niedergelegt habe. Sonst gebe es keine Stellvertretung. Im zweiten Wohnbereich befinde sich die Stellvertretung nach längerer Krankheit und einem Unfall in der Wiedereingliederung. Die Mitarbeiter würden in kleinen Teilen in die Verantwortung genommen. Sie könne jedoch niemanden zur Leitung zwingen, lediglich zur Übernahme von Teilbereichen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) merkt an, dass die Mittelschicht gefüllt werden müsse, da zwei von drei Wohnbereichen keine richtige Leitung haben.

Frau Baldus erklärt, dass die Pflegedienstleitung für alle drei Wohnbereiche verantwortlich sei.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) zeigt sich erschüttert. Er habe gelernt, dass alt werden nicht schön sei. In den nächsten 19 Monaten bleibe der Stress, auch bei Bemühungen um Verbesserung. Die Zuwendung komme zu kurz. Die Dokumentation beanspruche mehr als 50 Prozent der Zeit. Diese müsse gekürzt und rationalisiert werden. 90 Prozent der Arbeitszeit sollten den Menschen dienen. Den Mitarbeitern sollte klar sein, dass sie wertvolle Arbeit leisten.

Das Ausschussmitglied Martin Kresse (Bündnis 90/Die Grünen) findet, dass die Situation dramatisiert werde. Man solle den neuen Verantwortlichen eine Chance geben. Den Bewohnern und Angehörigen sei lange Zeit nicht zugehört worden, daher käme nun alles auf einmal. Man solle die Versammlung am 27.06.2018 abwarten und eine Chance zur Besserung geben. Wenn es nicht besser wird, könne man die Verantwortlichen noch einmal in den Ausschuss für Kultur, Familien, Soziales und Senioren einladen. Zunächst gehe er vom Positiven aus. Er bittet daher darum, die Diskussion nun zum Ende zu bringen.

Bürgermeister Marc Venten findet es ebenfalls sinnvoll, den Verantwortlichen Zeit zu geben. In den acht Wochen bis zum 27.06.2018 könne bereits einiges passieren. Da es sich bei dieser Versammlung um eine nichtöffentliche Sitzung handele, fragt er, ob er als Vertreter des Rates der Stadt Korschenbroich dennoch an der Sitzung teilnehmen dürfe, woraufhin Frau Baldus ihn herzlich zu der Sitzung einlädt.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 11 von 18

Bürgermeister Marc Venten dankt dem Publikum. Er hoffe auf Verbesserungen in der Einrichtung.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) möchte das Angebot von Herrn Rüsken, dass er im Januar 2019 erneut zu einer Ausschusssitzung kommen kann, annehmen.

Bürgermeister Marc Venten schlägt vor, Herrn Rüsken und Frau Baldus zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren im Oktober einzuladen, sofern nach dem 27.06.2018 noch Mängel bestehen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, den Termin vorab an Herr Rüsken und Frau Baldus zu geben, da er den Schnitt, als Herr Rüsken ging, am unbefriedigtesten empfunden habe, da noch viele Fragen an ihn offen geblieben seien.

Bürgermeister Marc Venten sichert zu, den Termin an Herrn Rüsken und Frau Baldus weiterzugeben.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) schlägt vor, zu diesem Anlass eine gemeinsame Sitzung des Haupt- und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren einzuberufen.

Bürgermeister Marc Venten hält diesen Vorschlag für unzulässig, da der Hauptausschuss thematisch nicht zuständig sei. Er schließt die gemeinsame Sitzung des Haupt- und des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und dankt herzlich allen Beteiligten.

5. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 15.04.2018 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass es sich bei dem vorliegenden Controlling-Bericht um den Jahresabschluss-Controlling-Bericht handele. Die Zahlen seien bereits aus dem Jahresabschluss bekannt.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erkundigt sich danach, wann die Jahresberichte zum Gesamtkonzern zu erwarten seien, woraufhin der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass diese demnächst vorgelegt würden.

Beschluss-Nr. IX/893	
Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 15.04.2018 zur Kenntnis.	

6. Organisationsuntersuchung Gesamtverwaltung hier: Sachstandsbericht

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass der Hauptausschuss bereits Kenntnis davon habe, dass eine Organisationsuntersuchung beauftragt worden sei. Nun solle der aktuelle

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 12 von 18

Sachstand vorgestellt werden. Hierzu begrüßt er Frau Elisabeth Schulze-Hulitz von der Firma „Das Stellwerk“, die die Organisationsuntersuchung durchführe und leite.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert die Sitzungsvorlage und hält gemeinsam mit Frau Schulze-Hulitz die als Anlage 1 beigefügte Präsentation.

Frau Schulze-Hulitz erläutert, dass die Organisationsuntersuchung bereits im Januar gestartet, der offizielle Start aber im Februar gewesen sei. Die Untersuchung sei bereits abgeschlossen, nun beginne die Phase der Entwicklung. Bis zum Herbst werde ein Soll-Konzept erarbeitet.

Bürgermeister Marc Venten dankt Frau Schulze-Hulitz für die Übersicht. Es sei wichtig, einen Blick von außen auf die Organisation zu haben. Die bisherigen Ergebnisse stimmten ihn zuversichtlich, um noch effizienter zu werden.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) fragt nach zwei bis drei konkreten Beispielen, an denen deutlich wird, wie positiv sich das Ganze bereits entwickelt habe und danach, wie viele Aufgaben es gebe.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert, dass drei wichtige Musterprozesse, bspw. das Beschwerdemanagement oder die Gewerbeansiedlung, in Workshops mit am Thema beteiligten Mitarbeitern betrachtet worden seien. Dabei seien der Ist-Prozess und Verbesserungspotentiale erörtert worden. Das Feedback der Beteiligten sei positiv ausgefallen, sie seien über die Möglichkeit, an der Organisation mitzuwirken, froh gewesen.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass es wichtig sei, nicht etwas von oben „aufzustülpen“, um die Akzeptanz der Mitarbeiter zu haben. Daher sei es gut, dass die Mitarbeiter in die Entwicklung einbezogen werden.

Frau Schulze-Hulitz erklärt, dass die Aufgaben auf der Basis des Haushalts gelistet und kategorisiert worden seien. Wie viele Aufgaben es sind, könne sie nicht genau sagen. Man sei die Aufgaben detailliert durchgegangen, habe diese aktualisiert, neue aufgenommen, überholte verändert oder gestrichen und schließlich Vorschläge für eine Neusortierung erarbeitet. Anfangs seien die Mitarbeiter der Organisationsuntersuchung skeptisch gegenübergetreten, mittlerweile stelle sie aber eine Motivation und eine Dynamik der Mitarbeiter fest, die an der Untersuchung beteiligt sind, wodurch der Prozess schnell werde.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) dankt Frau Schulze-Hulitz, bemängelt aber, dass es sich nur um eine „Vorab-Beschreibung“ dessen handle, was noch gemacht werden soll. Er fragt, was eine interne Umstrukturierung für die Bürgerfreundlichkeit und die Effizienz bringe.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass der Prozess noch laufe.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) fordert, konkreter auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen.

Frau Schulze-Hulitz erläutert, dass am 19.02.2018 mit der Organisationsuntersuchung begonnen worden sei. Man sei somit „sportlich unterwegs“. Es sei geplant, am 07.05.2018 erste Ergebnisse aus den Workshops zu den drei Musterprozessen „Realisierung städtischer Bauvorhaben“, „Gewerbeansiedlung“ und „Beschwerdemanagement“ im Verwaltungsvorstand vorzustellen. Die Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger seien unter anderem steigende Transparenz, Effizienz und Verschlankung von Prozessen. Sie bittet darum, die Prä-

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 13 von 18

sentation im Verwaltungsvorstand abzuwarten, bevor Informationen an die Politik weitergegeben werden.

Auf die Bemerkung des Ausschussmitglieds Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum), dass der Tagesordnungspunkt dann unnötig sei, entgegnet Bürgermeister Marc Venten, dass man die Politik am Prozess teilhaben lassen wollte.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) merkt an, dass eine Organisationsuntersuchung bereits wieder am Anfang stehe, wenn sie beendet ist, da eine Organisation lebe. Die Organisationsuntersuchung sei eine gute Sache. Er bedankt sich dafür, dass die Politik eingebunden wird. Ziele seien schon erkennbar. So bestehe wahrscheinlich bei der Raumsituation Handlungsbedarf. Das Flächenmanagement sei schon vorhanden. Er bittet darum, die Eigenbetriebe zu bedenken. Es gehe nicht nur um Personal- sondern auch um Fixkosten.

Bürgermeister Marc Venten bemerkt, dass bzgl. des Flächenmanagements das Amt 60 dabei sei, die Verwaltungsgebäude zu untersuchen. Die Ergebnisse würden in die Organisationsuntersuchung einfließen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erklärt, dass mit der Angebotsaufforderung bereits Problemstellungen aufgezeigt worden seien. Zusätzlich sei eine Führungskräftebefragung durchgeführt worden, die Teil des Pflichtenheftes sei.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) halte den Tagesordnungspunkt und die Präsentation von Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen und Frau Schulze-Hulitz für wichtig. Die Politik solle mitgenommen werden, auch wenn die Ergebnisse noch nicht spruchreif seien. Die Organisationsuntersuchung sei eine tolle Sache. Er bedankt sich bei Bürgermeister Marc Venten für die Einbindung der Politik.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erkundigt sich nach dem weiteren Ablauf und danach, ob noch weitere Zwischenstände mitgeteilt werden, was Bürgermeister Marc Venten bejaht.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die Politiker gerne Vorschläge an die Verwaltung übersenden können, die dann in der Untersuchung Berücksichtigung finden können. Weiter führt er aus, dass ein Ergebnis vermutlich der Aufgabenwechsel zwischen den Fachbereichen sei. Dies sei ohnehin eine Ratsentscheidung.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) merkt an, dass in der Aufgabenstellung an „Das Stellwerk“ die Eigenbetriebe nicht berücksichtigt seien. Daher gehe er davon aus, dass diesbezüglich die Entscheidung schon gefallen sei.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass es ihm bewusst sei, dass die Organisationsuntersuchung bei der eventuellen Wiedereingliederung der Eigenbetriebe diese berücksichtigen müsse. Eine Entscheidung sei allerdings noch nicht gefallen. Das Ergebnis werde zeitnah in die Organisationsuntersuchung einfließen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen ergänzt, dass die Untersuchung der Eigenbetriebe bereits im Pflichtenheft enthalten sei. Der Zeitplan bis Herbst sei vage gehalten, um Zeit zu haben, die Eigenbetriebe eventuell in die Organisationsuntersuchung einzubeziehen.

Bürgermeister Marc Venten dankt Frau Schulze-Hulitz für deren Bereitschaft einen Zwischenstand zu präsentieren und sich für Fragen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss-Nr. IX/902	
Der Hauptausschuss nimmt den aktuellen Sachstandsbericht zur Organisationsuntersuchung der Gesamtverwaltung zur Kenntnis.	

7. Feuerwehrgerätehaus Pesch hier: Standortwahl

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die grundsätzlichen Fragen nach dem „Ob“ und „Wo“ keine Fragen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege seien, sondern solche des Hauptausschusses.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers begrüßt die anwesende Abordnung der Kameraden aus Pesch. Das Thema stehe bereits in der Diskussion, grundsätzlich sei aber die Bereitschaft für einen Neubau vorhanden. Auf die Finanzierung werde durch die Kämmererei genau geachtet. Weiter verweist er auf die Sitzungsvorlage und erläutert diese. Es komme schließlich aufgrund der Größe, der Lage und der Erreichbarkeit nur das Grundstück neben dem Friedhof in Pesch in Frage.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes, da dieser eine hohe Wichtigkeit habe und die Sitzungsvorlage erst am vergangenen Montag zugestellt worden sei, sodass aufgrund des Brückentages keine ausreichende Vorbereitung in den Fraktionen stattfinden könnte.

Bürgermeister Marc Venten erläutert die Vorgehensweise bei einem Antrag einer Fraktion. Gemäß der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich dürfe bei einem Antrag zur Geschäftsordnung jeweils ein Ausschussmitglied für und gegen den Antrag sprechen.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) spricht sich für den Antrag auf Vertagung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus. Seines Erachtens nach sei die Entscheidung des Kreises bzgl. des Landschaftsschutzes noch nicht gefallen. Daher sei es sinnvoll abzuwarten und den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass der Hauptausschuss lediglich über die Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes entscheide. Im Bauleitverfahren würden natürlich alle betroffenen Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger gehört. Bei dem zu fassenden Beschluss handele es sich um eine Vorstufe hierzu. Ohne diesen sei kein Bauleitverfahren möglich. Es sei möglich, dass das Bauleitverfahren zum Ergebnis hat, dass ein Neubau auf dem vorgeschlagenen Grundstück nicht realisierbar ist.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) hält eine Gegenrede. Man habe am vergangenen Montag in der Fraktion beraten. Die Unterlagen seien termingerecht vorhanden gewesen. Zudem gebe es viele Meinungen zu der Frage, ob ein Neubau erfolgen solle oder nicht. Die SPD-Ratsfraktion spreche sich mehrheitlich für den Bau aus. Für die Frage nach dem Standort sei der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Denkmalpflege zuständig. Hier sei aber eine Entscheidung des Hauptausschusses notwendig, um das Verfahren anzustoßen und somit Rechtssicherheit zu schaffen. So könne es dann für die Feuerwehr weitergehen, Bürgerinnen und Bürger könnten sich einbringen und Planungsrecht könne geschaf-

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 15 von 18

fen werden. Daher sollte der Hauptausschuss nach über den Tagesordnungspunkt beschließen und diesen nicht vertagen.

Bürgermeister Marc Venten lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Tagesordnungspunktes II./7. Feuerwehrgerätehaus Pesch, hier: Standortwahl der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/901.1	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Tagesordnungspunktes II./7. Feuerwehrgerätehaus Pesch, hier: Standortwahl der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gegen eine Stimme der SPD-Ratsfraktion sowie gegen die Stimmen der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Stimmenthaltungen der Ratsfraktion Die Aktive und der FDP-Ratsfraktion abgelehnt.	

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) merkt an, dass die Frage danach, ob die Löschgruppe Pesch erhalten werden soll, eindeutig beantwortet worden sei. Es bestehe eine Notwendigkeit hierfür. Diese sei noch verstärkt worden, da die Hilfsfristen deutlich in die öffentliche Wahrnehmung gerückt seien, insbesondere da diese in der Stadt Neuss häufig nicht eingehalten würden. Man könne froh sein, dass sie in Korschenbroich eingehalten werden könnten. Bzgl. des Standortes seien die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten sehr gut in der Sitzungsvorlage dargestellt. Den optimalen Standort gebe es nicht. Über die Geeignetheit der einzelnen Möglichkeiten ließe sich weiter diskutieren. Die CDU-Ratsfraktion sei der Meinung, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort der am besten geeignete ist.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) verdeutlicht, dass die FDP-Ratsfraktion den Erhalt der Löschgruppe immer befürwortet habe, den vorgeschlagenen Standort jedoch ablehne, da es sich um Landschaftsschutzgebiet handele. Zudem sei die Lage im Wohngebiet und durch die schlechte Verkehrsanbindung nicht gut. Der Standort Pescher Straße Ecke An der Kapelle sei besser geeignet. Daher lehne die FDP-Ratsfraktion den Vorschlag der Verwaltung ab.

Bürgermeister Marc Venten merkt an, dass dieses Grundstück nicht im städtischen Eigentum stehe und es als Standort somit nicht in Frage kommen könne.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) schließe sich der Meinung des Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) an. Die Kosten sprächen für eins der zwei städtischen Grundstücke. Es sei eine Entscheidung nötig, da die Diskussion sonst endlos weitergehe. Er erkundigt sich, ob das Ergebnis auch dem Votum der Löschgruppe Pesch entspreche.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass die Löschgruppe Pesch über Entwicklungen immer informiert worden und mit der Standortwahl zufrieden sei. Ihr gehe es vor allem darum, ein neues Gerätehaus zu bekommen, das den aktuellen Vorgaben entspricht. Die Standortwahl sei mit Frank Baum und der Feuerwehr abgesprochen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) findet, dass man bei der Auswahl des Grundstücks auf das Geld achten solle. Ein städtisches Grundstück sei besser, als nicht verfügbare

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 16 von 18

private Grundstücke. Zudem traue er es selbst der Feuerwehr nicht zu, im Eichengrund zu bauen. Ein Bau sei dort auch aus umweltpolitischen und „Pescher“ Gründen nicht möglich.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass bei der Abwägung für die Standortauswahl Pescher Straße einbezogen werden solle, dass ein Heranrücken nur ohne Sonderrechte möglich sei. Ohne Blaulicht durch eine Tempo-30-Zone zu fahren, könne ein Problem darstellen. Er erkundigt sich, wie dieses Problem gelöst werden soll.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die Feuerwache in Herrenshoff ebenfalls in einem wohnlichen Bereich liege und dort bisher keine Probleme aufgetreten seien. Zudem müsse sich auch jeder Feuerwehrmann auf dem Weg zum Gerätehaus an die Straßenverkehrsordnung halten.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass dieses Problem immer bestehe. Verkehrsberuhigte Bereiche seien mit keinem Standort ausgeschlossen. Er sehe die Situation in Herrenshoff sogar noch als verschärfter an als die geplante in Pesch, da das Gerätehaus in Herrenshoff direkt neben einer Schule liege.

Das Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) spricht sich für den Bestand der Löschgruppe Pesch aus. Er habe angesichts der finanziellen Situation jedoch Bedenken. Er schlägt daher vor, die Löschgruppe Pesch in die 500 Meter entfernte Feuerwache Kleinenbroich zu integrieren. Dort könne größer und mit besserer Ausstattung gebaut werden. Die beiden Löschgruppen könnten trotz räumlicher Zusammenlegung bestehen bleiben.

Bürgermeister Marc Venten halte diesen Vorschlag für sinnlos, da dann auch die Löschgruppe Pesch aufgelöst werden könne und sich der Löschgruppe Kleinenbroich anschließen könnte. Der Standort Pesch stehe fest, um die Einhaltung der Hilfszeiten zu gewährleisten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen des Ausschussmitglied Peter Josef Fels (SPD) an. Er bleibe dabei, dass die Beratungsfrist nicht ausreichend gewesen sei. Fristen hätten Vorrang vor voreiligen Entscheidungen. Da nur ein Arbeitstag zwischen der Zustellung der Sitzungsvorlage und der Hauptausschusssitzung lag, sei dies nicht eingehalten.

Bürgermeister Mar Venten weist darauf hin, dass nur die Einladung mit der Benennung der Tagesordnungspunkte an eine Frist gebunden sei. Daher liege hier kein Verstoß gegen die Ladungsfrist vor.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) merkt an, dass die Achtung vor dem Ehrenamt nötig sei. Zwei Löschgruppen in ein Gebäude zu integrieren könne nicht funktionieren. Beide hätten das Recht auf eine alleinige Unterkunft.

Beschluss-Nr. IX/901	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den verschiedenen Standortalternativen in der Ortslage Pesch zur Kenntnis und spricht sich für den Standort neben dem Friedhof in Pesch aus. Er beauftragt die Verwaltung, zur Realisierung des Vorhabens die Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes	

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 17 von 18

sowie der Aufstellung eines Bebauungsplanes vorzubereiten und dem zuständigen Fachausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

8. Mitteilungen

- a) Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers informiert die Mitglieder des Hauptausschusses über eine kürzlich erhaltene Anfrage der für die Zuweisung von Flüchtlingen im Land NRW zuständigen Bezirksregierung Arnberg zu einer Zielvereinbarung betreffend der Zuweisung von Flüchtlingen im Rahmen der Wohnsitzauflage. Die aktuelle Erfüllungsquote betrage für diese Fälle 29,6 %, 226 Personen müssten bis zu einer 100%-Quote aufgenommen werden. Ziel der Bezirksregierung sei allerdings eine Quote von 90 %. In einem ersten Schritt sollen ab Mitte des Jahres 70-80 Personen zugewiesen werden. Aufgrund der von der Stadt Korschenbroich vorgetragenen Argumente wie die Wohnraumsituation auf dem Wohnungsmarkt und in den Unterkünften, der Anzahl der Flüchtlinge insgesamt, der Anzahl der Geduldeten etc., wurde eine Zahl von 35 Zuweisungen vereinbart.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass er es nicht richtig finde, dass ein isolierter Blick auf die Flüchtlinge im Rahmen der Wohnsitzauflage gerichtet werde, ohne die Gesamtzahl zu würdigen. Man werde die Bezirksregierung durch den Kreis diesbezüglich anschreiben.

Das Ausschussmitglied Frank Wagemann erkundigt sich, wo die 35 Personen untergebracht werden sollen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass geplant sei, die 35 Personen in den Übergangwohnheimen unterzubringen. Grundsätzlich könnten die Personen sich auch auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen. Da dieser jedoch angespannt sei, habe man sich für die Lösung der Übergangwohnheime entschieden.

- b) Bürgermeister Marc Venten weist auf die verteilte Sponsoring-Übersicht (Anlage 2) hin.

9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erkundigt sich nach den Reitwegen in Raderbroich und im Hoppbruch, da diese wegen dort liegender Baumstämme nicht nutzbar seien. Weiter fragt er, warum das Klettergerüst auf dem Spielplatz in Drölsholz eingezäunt ist und was mit dem Spielplatz Mühlenkamp sei.

Bürgermeister Marc Venten sichert eine Antwort der Verwaltung zu.

(Anmerkung der Verwaltung: Der technische Betriebsleiter der Eigenbetriebe Städtischer Abwasserbetrieb und Stadtpflege Thomas Kochs teilt Folgendes mit:

„Der Kletterturm war eingezäunt, da ein Austausch von drei Standpfosten erforderlich war. Dieser wurde inzwischen erledigt. Der Bauzaun musste während des Erhärtens des Betons noch stehen bleiben, was nun ebenfalls abgeschlossen ist. Das Gerät wurde am 05.06.2018 freigegeben.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Familie, Soziales und Senioren und des Hauptausschusses vom 03.05.2018

Seite 18 von 18

Ein ‚Spielplatz Mühlenkamp‘ existiert nicht mehr. Der Rat der Stadt Korschenbroich hat auf Empfehlung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich den Rückbau des Platzes beschlossen, welcher durch die Stadtpflege durchgeführt wurde. Die Anlage ist zukünftig als Grünanlage anzulegen und zu pflegen. Derzeit ist die Fläche noch nicht freigegeben und darf noch nicht betreten werden, um den neu eingesäten Rasen zu schonen damit er dicht wächst.“)

- b) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erkundigt sich nach dem Baugebiet „An der Niers-Aue“. Ihm sei erschreckend aufgefallen, dass die Höhen bei einer Bürgerin zu einem Problem bei deren Bauplanung führten. Der Leiter des Amtes 61 hatte in der letzten Ratssitzung am 04.04.2018 erläutert, dass die Höhen aus den Bauunterlagen ersichtlich seien. Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erklärt weiter, dass es bzgl. der Entwässerung ein Problem gebe. Man sollte alles dafür tun, dass keine zweite Grundwasserproblematik entstehe. Das Handeln stehe entgegen bürgerfreundlicher Hilfe.

Bürgermeister Marc Venten verstehe den Bezug zur Grundwasserproblematik nicht. Die Bürgerin habe einen Bauantrag eingereicht, der aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht zulässig gewesen sei. Der Architekt hätte diesen bei der Planung berücksichtigen müssen.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) äußert, dass er dies anders sehe.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet darum, die Diskussion in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen.